

2°|2010

# VOICE



## Schweiz – Iran: enge Liaison?

In der Islamischen Republik gilt die  
Schweiz als beste Freundin im Westen

  
gesellschaft  
für bedrohte  
völker



Foto: Keystone / Marcel Bieri

## Editorial

Gut ein Jahr ist es nun her, dass in Iran Wahlen stattgefunden haben. Präsident Mahmoud Ahmadinejad liess sich die Macht nicht entreissen. Anders als andere europäische Länder kritisierte die Schweiz die Methoden, mit welchen das iranische Regime die Opposition in die Knie zwang, verspätet und äusserst moderat. Überhaupt pflegt die Schweiz mit Iran den sanftesten Umgang in der westlichen Welt: Man erinnere sich an das freundlich anmutende Treffen zwischen Bundesrat Hans-Rudolf Merz mit Ahmadinejad, an den Abschluss eines schweizerisch-iranischen Gaslieferungsvertrags, den Aussenministerin Micheline Calmy-Rey mit ihrem Besuch beim iranischen Machthaber ermöglichte und an das Sitzleder der Schweizerischen Delegation, als Ahmadinejad am UNO-Gipfel in Genf mit seiner Hassrede gegen Israel einen Eclat provozierte. Angesichts solcher Courtoisie erstaunt es wenig, dass sich das international verpönte Regime Irans mit den Federn staatspolitischer Normalität schmücken will – und die staatliche iranische Presse die Schweiz als enge Verbündete feiert.

Die Schweizer Diplomatie rechtfertigt ihr Verhalten mit der humanitären Tradition der Schweiz. Um die menschenrechtliche Situation im Iran zu verbessern, führt die Schweiz denn auch als einziges Land Europas einen Menschenrechtsdialog mit der Islamischen Republik. Was dieser Dialog konkret für Erfolge bringen soll, bleibt allerdings unklar, zumal auf Seiten des iranischen Regimes keinerlei Anzeichen für eine echte Auseinandersetzung mit menschenrechtlicher Kritik auszumachen sind. Angesichts der fortwährenden und gravierenden Menschenrechtsverletzungen vor Ort plädiert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) deshalb heute für einen Abbruch dieses erfolglosen Dialogs.

*Kaspar Haller, Leiter Politik*

Die **Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)** ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und nimmt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national und international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO und beim Europarat.



## Schweiz auf Schmusekurs mit Iran

Geschäfte mit Iran und Treffen mit Irans Präsidenten sind verpönt. Das hinderte die Schweiz jedoch nicht, beides zu praktizieren. Die Schweiz gilt als innigste Freundin Irans im Westen – nicht ohne Grund.

## «Der Dialog stabilisiert die Diktatur»

Wahied Wahdat-Hagh, ein langjähriger Kritiker des iranischen Regimes beschreibt die schwierige menschenrechtliche Lage der Minderheiten. Er kritisiert zudem die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Iran.

## Srebrenica: Eine Anzeige und die Reaktionen

Im April erstatteten die Gesellschaft für bedrohte Völker und die Schweizerische Gesellschaft für Völkerstrafrecht Strafanzeige gegen zwei Schweizer Autoren wegen Leugnung eines Völkermordes und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen im Bosnienkrieg.

## Inhaltsverzeichnis

<b>4</b>	Schweiz auf Schmusekurs mit Iran	<b>10</b>	Kurzinfos
<b>6</b>	Minderheiten in Iran: Bürger zweiter Klasse	<b>12</b>	GfbV-Projekte und -Kampagnen
<b>7</b>	Interview mit Wahied Wahdat-Hagh	<b>14</b>	Aktuell Srebrenica: Eine Anzeige
<b>8</b>	Interview mit Simon Ammann	<b>15</b>	Service Bücher, Filme, Ausstellungen

**Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Wiesenstrasse 77, CH-3014 Bern, Tel. 031 311 90 08, Fax 031 311 90 65, E-Mail: info@gfbv.ch, Web: www.gfbv.ch, Spendenkonto PC 30-27759-7 **Redaktion:** Verantwortlich: Franziska Stocker, Mitarbeit: Regina Partyngl, Hans Stutz **Gestaltungskonzept / Layoutsupport:** Clerici Partner AG, Zürich **Layout:** Franziska Stocker **Titelbild:** Treffen des damaligen Bundespräsidenten Merz mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad in Genf, 19.04.2009. (Foto: Keystone) **Bild Rückseite:** Kinder in Kabul/Afghanistan (Foto: Manuela Wilhelm) **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8600 Exemplare **Einzelnummer:** CHF 5.- zzgl. Versandkosten, Insertionstarif auf Anfrage **Nächste Ausgabe:** Sept. 2010, Redaktions- und Inserateschluss: 1. Aug. 2010 **Copyright:** © 2010 Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz. Die Wiedergabe von Artikeln ist bei Angaben der Quelle und Belegexemplaren an die Herausgeberin erlaubt **Druck:** gdz AG, Zürich, gedruckt auf FSC-Papier **ZEW:** Die GfbV trägt das ZEW-Gütesiegel für gemeinnützige Institutionen. Es steht für einen zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden.



Mix  
Produktgruppe aus vorbildlich  
bewirtschafteten Wäldern und  
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. IMO-COC-029349  
www.fsc.org  
© 1996 Forest Stewardship Council

## ➤ Schweiz auf Schmusekurs mit Iran

**Geschäfte mit Iran und Treffen mit Irans Präsidenten sind verpönt. Das hinderte die Schweiz jedoch nicht, beides zu praktizieren. Iran betrachtet die Schweiz als seine innigste Freundin im Westen – nicht ohne Grund.**

Das Bild war eine Panne – und ging um die Welt: Mit einem breiten Lachen empfängt Bundesrat Hans-Rudolf Merz Irans Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad (siehe Titelbild). So geschehen am Anti-Rassismus-Gipfel der UNO am 19. April 2009. Merz war damals Bundespräsident. Ahmadinejad bekannt als Holocaust-Leugner. Um nicht als Vertraute des Iran gebrandmarkt zu werden, plante die offizielle Schweiz nur Bilder, auf welchen sich Merz und Ahmadinejad am Konferenztisch gegenüber saßen. Doch der Bundespräsident geriet den Fotografen unbekümmert strahlend vor die Linse. Die traute Geste schlug hohe Wellen und führte zu einer diplomatischen Krise mit Israel. Die iranische Presse indessen bejubelte die Schweiz als gute Freundin: So schrieb die staatliche Nachrichtenagentur Irna, der Schweizer Präsident habe gesagt, die Schweiz werde nie den von USA und EU gegenüber Iran verhängten Sanktionen

---

### Auf dem politischen Parkett tanzt die Schweiz aus der Reihe

---

folgen. Das Departement Merz hat dazu keine Stellung genommen, da es ausländische Presseerzeugnisse nicht kommentiert.

Dennoch kommt die Frage auf, ob die Schweiz – mit ihrer Beziehung zu Iran – im Westen eine Sonderrolle einnimmt.

Auf einem Gebiet ist das zweifellos der Fall: Wegen ihres Neutralitätsstatus vertritt die Schweiz die Interessen der USA in Iran, seit 1980, nach dem Sturz des Schahs. Seither pflegen die USA und die Islamische Republik keine diplomatischen Beziehungen mehr. Heute sind die beiden Länder zerstritten, weil die USA Iran vorwerfen, eine Atombombe bauen zu wollen. «Gewisse Informationen zwischen den USA und Iran fließen nur über den Schweizer Kanal», sagt der US-Botschafter in der Schweiz, Donald Beyer. In dieser einzigartigen Rolle ist die Schweiz Vermittlerin. In einer anderen Rolle sucht die Schweiz das Gespräch mit Iran, um die Menschenrechtslage in der Islamischen Republik zu verbessern: Seit 2003 führt die Schweiz – als einziges Land Europas – einen Menschenrechtsdialog mit Iran (siehe Kasten rechts).

Behandelt die Schweiz Iran auch sonst anders als es Europa tut? Anders als viele europäische Delegationen verhielt sich die Schweizer Delegation etwa, als Ahmadinejad am UNO-Anti-Rassismus-Gipfel seine Hasstiraden gegen Israel ritt: Während

einige westliche Staaten seinen Auftritt boykottierten und zahlreiche europäische Delegierten den Saal verliessen, blieben die Schweizer sitzen. Obwohl die Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey Ahmadinejads Äusserungen als inakzeptabel bezeichnete, konterte sie Kritik am Sitzenbleiben mit der Aussage, die Politik des leeren Stuhls sei nicht die Politik der Schweiz.

Tatsächlich nahm sie ein Jahr zuvor in der iranischen Hauptstadt Teheran an Ahmadinejads Seite Platz. Auch dieses Bild ging um die Welt und sorgte für Furore (siehe rechts). Nicht nur ihr Auftritt, auch der Grund ihres Besuches gab zu Reden: Der Vertragsabschluss zwischen dem Schweizer Energieunternehmen EGL (Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG) und der nationalen iranischen Gasexportgesellschaft Nigec. Gemäss dem auf 25 Jahre angelegten Vertrag soll Iran pro Jahr 5,5 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa liefern. Dass Calmy-Rey dem Vertragsschluss beiwohnte, verlieh dem Geschäft einen offiziellen Anstrich. Die EGL ist in der Hand der Nordostschweizer Kantone. Der Bund unterstützte jedoch den Geschäftsabschluss, «weil er auf einer Linie mit der Energieaussenpolitik des Bundesrates liegt», sagte der damalige Staatssekretär Michael Ambühl.

Zur Erinnerung: Das war 2008. Bereits zwei Jahre zuvor hatte die UNO Sanktionen gegen Iran erlassen, um dessen Atomprogramm zu stoppen. Die Schweizer Grossbanken UBS und CS hatten sich aus dem Iran-Geschäft zurückgezogen. Geschäfte mit Iran zu tätigen, war verpönt, die Besuche westlicher Politiker in Teheran waren deshalb selten. Entsprechend löste Calmy-Reys Gas-Deal-Weihe einen Sturm der Entrüstung aus: Die USA liessen verlauten, der Vertrag widerspreche «dem Geist der Sanktionen». Harsche Kritik hagelte es auch vom UNO-Sicherheitsrat, Deutschland, Israel und den Schweizer Parteien von links bis rechts. Wurde Calmy-Rey überall getadelt, so wurde sie in Iran – und mit ihr die Schweiz – als Verbündete gegen die USA und ihre Alliierten inszeniert. Eine regimetreue Zeitung sah in Besuch und Gasdeal «ein Geschenk an die iranische Nation».

### Stumm nach den Wahlen

Im Jahr darauf, am 12. Juni 2009, fanden in Iran Wahlen statt. Bekanntlich endeten sie damit, dass sich Ahmadinejad als Sieger proklamierte, was massive Strassenproteste entfesselte, die vom Regime gewaltsam unterdrückt wurden. Während mehrere europäische Regierungen bereits einen oder zwei Tage nach den Wahlen protestiert und den iranischen Botschafter ins Aussenministerium zitiert hatten, verzichtete die Schweiz 2,5 Wochen lang auf eine Protestnote. Die iranische Presse hat



Foto: Raheb Homavandi/Reuters

**Teheran, März 2008:**  
Der Besuch der Schweizer  
Aussenministerin Calmy-  
Rey beim iranischen  
Präsidenten Ahmadinejad  
verlieh dem umstrittenen  
Gasdeal einen offiziellen  
Anstrich.

das lange Schweigen der Schweiz denn auch propagandistisch genutzt. «Stellt man auf die iranischen Medien ab, so ist die Schweiz der innigste Freund des Landes und mit dem Regime in Teheran in sämtlichen Belangen einverstanden», schrieb die NZZ nach den Wahlen.

Die Schweizer Diplomatie hat sich dieses Bild selber zuzuschreiben. Auch nach den undemokratischen Wahlen in Iran blieb sie ihrem Schmusekurs mit der Islamischen Republik treu: Die Schweiz unterstützt die Beitrittsbemühungen Irans zur Welthandelsorganisation WTO – aber im Gegensatz zu früheren Unterstützungsangeboten der USA – ohne auf Zugeständnisse Irans im Streit ums Atomprogramm zu pochen.

In jüngster Zeit gab es zwar auch negative Signale aus der Schweiz an Iran, die kamen aber nicht von der Schweizer Diplomatie, sondern vom Bundesstrafgericht und aus der Wirtschaft. Das Bundesstrafgericht entschied, Iran dürfe keine Rechtshilfe gewährt werden, weil das Land rechtsstaatliche Kriterien ungenügend erfülle. Und drei grosse Öl-Handelsfirmen mit Hauptsitz oder Co-Sitz in der Schweiz, kappten ihre Beziehungen zu Iran. Diese drei Firmen, Vitol, Trafigura und Glencore belieferten Iran mit Benzin. Iran muss nämlich 40 Prozent seines Benzinbedarfs importieren. Dies trotz seiner Position als einer der führenden Rohöl-Exporteure, denn es fehlt dem Staat an Raffinerien. Nach Schätzungen aus der Branche lieferten die drei Firmen Iran etwa die Hälfte seines Benzinbedarfs. Nach US-Schätzungen gar 80 Prozent. Zurückgezogen haben sie sich, weil die UNO-Sankti-

onen gegen Iran ausgedehnt werden sollen und weil in den USA ein Gesetz in Vorbereitung ist, das Firmen, die raffinierte Ölprodukte an Iran liefern, den Zugang zum US-Markt verwehren will.

Iran spielt wirtschaftlich für die Schweiz keine entscheidende Rolle. Sie exportiert 0,4 Prozent ihrer Gesamtausfuhr nach Iran und importiert nur 0,03 Prozent aus der Islamischen Republik. Dennoch tanzt die Schweiz auf dem politischen Parkett aus der Reihe.

*Regina Partyngl, GfbV Schweiz*

### **Menschenrechtsdialog Schweiz – Iran**

Menschenrechtsdialoge sind offiziell mit anderen Ländern vereinbarte Gespräche. Solche Gespräche werden aber nicht zwischen den Regierungsmitgliedern der Länder geführt, sondern zwischen hierarchisch gleichwertigen Delegationen, die von hochrangigen Diplomaten geleitet werden. Einer Delegation gehören auch Länderspezialisten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten an und interne oder externe Experten. Die Schweiz führt seit 2003 einen Menschenrechtsdialog mit Iran. Im Gegensatz zu heute, waren damals reformorientierte Kräfte an der Macht. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) steht dem Dialog deshalb heute kritisch gegenüber. Neben der Schweiz pflegt weltweit nur Japan einen Menschenrechtsdialog mit Iran. (rp)

## ➤ Minderheiten in Iran: Leben als Bürger zweiter Klasse

**Iran weist eine grosse ethnische Vielfalt auf. Die Rechte all der verschiedenen Völker sind in der Verfassung garantiert. Trotzdem begegnen Angehörige dieser Gruppen im Alltag einer Reihe diskriminierender Gesetze und Praktiken, die sie zu Bürgern zweiter Klasse machen.**

In Iran leben neben den Persern viele weitere ethnische Gruppen, wie die Aseri, Kurden, Araber und Belutschen (vgl. Karte). Diese Vielfalt widerspiegelt sich in den verschiedenen Religionen, die in Iran praktiziert werden. Die überwiegende Mehrheit der iranischen Bevölkerung, darunter die Perser sowie die Aseri, bekennen sich zum schiitischen Islam. Die meisten Kurden, Belutschen und Araber sind Sunniten. Weitere kleinere Gemeinschaften bekennen sich zum Christentum, Judentum, Zoroastrismus und der Religion der Baha'i.

Obwohl die iranische Verfassung das Christentum und das Judentum als Religionen anerkennt, haben ihre Anhänger nicht dieselben Rechte wie Muslime. Gerade Juden sind dem steten Verdacht ausgesetzt, für Israel Spionage zu betrei-

ben und werden in ihrer Mobilität und der Ausübung ihres Glaubens stark eingeschränkt. Die Religion der Baha'i ist in der Verfassung Irans nicht anerkannt. Daher haben Anhänger dieser Religion kaum Rechte und sind Diskriminierungen und Schikanen schutzlos ausgeliefert.

Angehörige ethnischer Minderheiten sind in ihren sozialen und kulturellen Rechten diskriminiert. Die Situation hat sich mit dem Amtsantritt des ultrakonservativen Präsidenten Mahmoud Ahmadi-Nejad 2005 verschärft. Seine Politik ist geprägt von einem schiitisch-persischen Chauvinismus und er versteht alle Bestrebungen von Minderheiten für mehr Autonomie und kulturelle Identität als Separatismus, hinter dem der Westen steht, und als Gefährdung der nationalen Sicherheit.

### Wider die Verfassung

Auf kultureller Ebene leiden Angehörige von Minderheiten insbesondere unter der Verdrängung ihrer Sprachen aus dem öffentlichen Raum. «Heutzutage gibt es keine einzige reguläre Publikation in kurdischer Sprache mehr und im Schulunterricht ist der Gebrauch des Kurdischen verboten», bestätigt Asso Hassan Zadeh, der in der Schweiz im Exil lebt und ein Mitglied der Führung der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP Iran) ist. Diese Diskriminierung widerspricht der Verfassung, die neben Persisch den Gebrauch der regionalen Sprachen in den Schulen und den Medien erlaubt. Trotzdem leiden auch die anderen Minderheiten unter dieser Situation.

Gebiete, in denen Minderheiten leben, sind im Vergleich mit anderen Provinzen wirtschaftlich unterentwickelt und die Regierung unternimmt nichts, um dies zu ändern. «Trotz der Existenz natürlicher Ressourcen im kurdisch besiedelten Gebiet Irans, wird die Region absichtlich in

einem Zustand der Unterentwicklung belassen», sagt Hassan Zadeh. Diesen Zustand bestätigt Nasser Boladai, Sprecher der belutschischen Volkspartei (BPP). «Belutschistan ist die ärmste Region Irans und hat die tiefsten sozio-ökonomischen Indikatoren des Landes. Dies obwohl die Region reich ist an natürlichen Ressourcen wie Mineralien und fruchtbarem Land.»

### Ein übler Trick

Sunnitische Minderheiten wie die Belutschen leben zudem oft in Armut, da die so genannten Gozinesh-Bestimmungen ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt massiv erschweren. Molavi Ali Akbar Molazadeh, ein belutschischer Geistlicher, beschrieb die Praxis des Gozinesh gegenüber Amnesty International so: «Wenn ein Belutsche einen Laden eröffnen will, muss er erst zur Amtsstelle gehen und seine politischen und religiösen Überzeugungen von den Revolutionsgarden und dem Geheimdienst überprüfen lassen. Sie fragen, ob er etwas für die Islamische Republik gemacht hat, ob er im iranisch-irakischen Krieg gekämpft hat und ob er an das Velayat-e faghih (die politische Theorie des iranischen Staatsgründers Chomeini) glaube. Sunniten glauben nicht an das Velayat-e faghih und müssen die Wahrheit antworten. Das Resultat ist, dass sie die Erlaubnis für die Eröffnung des Ladens nicht erhalten.» (vgl. Iran: Human Rights Abuses against the Baluchi Minority, AI-Report).

Von Gozinesh betroffen sind nicht nur die Privatwirtschaft, sondern alle Ämter des öffentlichen Sektors sowie der Zugang zu den Universitäten.

Verheerend für Minderheiten ist auch die staatliche Politik, Perser in ihren Gebieten anzusiedeln. Darunter leiden im Speziellen Araber, denn ihr Siedlungsgebiet ist reich an Bodenschätzen wie Erd-



Foto: Nicolas Holzheu

**Kurden in Iran: wie auch andere Minderheiten leiden sie unter starker Diskriminierung.**



Grafik: Clerici Partner

öl und Erdgas und lockt daher persische Unternehmen an. Die Regierung fördert diese Unternehmen und gibt ihnen Land, welches vormals Arabern gehörte. Diese werden zur Umsiedlung gezwungen, teils ohne Entschädigung und ohne Bereitstellung von alternativen Wohnräumen. So enden die Araber in den Elendsvierteln der regionalen Hauptstadt Ahwaz oder werden von der Regierung in den Nordosten Irans deportiert.

### Nicht in einem Boot

Wer sich für mehr kulturelle, soziale und wirtschaftliche Rechte einsetzt, riskiert verhaftet und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt zu werden. «Aktuell sind mehr als zehn kurdische Gefangene zum Tode verurteilt und Dutzende weitere sitzen lange Gefängnisstrafen ab,

oftmals unter grausamen Bedingungen», beschreibt Hassan Zadeh die Situation der Kurden. Folter ist in iranischen Gefängnissen weit verbreitet und Angehörige von Minderheiten werden besonders schlecht behandelt.

Es muss jedoch bedacht werden, dass sich auch unter den Minderheiten Anhänger des Regimes finden und auch einzelne Minderheitenvertreter im iranischen Parlament sitzen. Nasser Boladai betont, dass die Regierung gezielt darauf spielt, innerhalb der Minderheiten Vertrauenspersonen zu gewinnen. «Damit verfolgt die Regierung das Ziel, die belutschische Gesellschaft zu entzweien.»

Die Gruppe der Aseri ist die am besten integrierte Minderheit in Iran. Dies liegt daran, dass Aseri wie Perser Schiiten sind und somit nicht mit Einschränkungen auf

dem Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Trotzdem gibt es soziale Spannungen zwischen Aseri und Persern. 2006 veröffentlichte eine staatliche Zeitung Karikaturen, in welchen die Aseri mit Kakerlaken verglichen wurden. Gegen die darauf folgenden Demonstrationen der Aseri ging die Polizei massiv vor. Die Demonstranten forderten neben einer offiziellen Entschuldigung die Anerkennung von Aseri-Türk als offizielle Sprache und damit die Möglichkeit, ihre Sprache im Schulunterricht zu benutzen, das Recht auf freie Medien, das Recht auf kulturelle Veranstaltungen sowie das Recht, politische Parteien, Nichtregierungsorganisationen, und Gewerkschaften zu bilden. Diese Forderungen würden wohl alle Minderheiten Irans unterschreiben.

*Claudia Schwarzenbach, GfbV Schweiz*

## » «Der Dialog stabilisiert die Diktatur»

**Der deutsch-iranische Politologe Wahied Wahdat-Hagh, ein langjähriger Kritiker des iranischen Regimes, beschreibt die schwierige menschenrechtliche Lage der Minderheiten. Er kritisiert zudem die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Iran, welche seiner Ansicht nach ein menschenverachtendes Regime stützen.**

### **Herr Wahdat-Hagh, wie begegnet das iranische Regime den Minderheiten im Staat?**

Vorweg: Das geistliche Oberhaupt Irans, Ali Khamenei, gehört einer Minderheit an, er ist ein Aseri. Dennoch kann man nicht behaupten, dass die iranischen Minderheiten gleichberechtigt sind. Die Belutschen beispielsweise sind sehr arm. Dort wird nicht viel investiert. Sehr viele kurdische Menschenrechtler und Schriftsteller wurden verhaftet und willkürlich hingerichtet. Aseri, Kurden, Belutschen, Araber und Turkmenen dürfen ihre Kinder in den Schulen der jeweiligen Provinzen nicht in ihrer Muttersprache unterrichten.

### **Rund 89% der iranischen Bevölkerung bekennen sich zum schiitischen Islam. Welche Stellung haben Sunniten, Christen, Juden und die Glaubensgemeinschaften der Zoroastrier und Baha'i in der iranischen Republik?**

Es gibt zwar anerkannte religiöse Minderheiten, diese haben jedoch nicht dieselben Rechte wie die Muslime. Die Baha'i etwa haben überhaupt keine Rechte. Die Repression gegenüber dieser religiösen Minderheit ist sehr sehr schlimm. Überhaupt:

## **Wer kein Muslim ist, wird klar diskriminiert.**

Wer kein Muslim ist, wird vom islamischen Gesetz klar diskriminiert. Wenn zum Beispiel ein Muslim einen Nicht-Muslim, sagen wir einen Juden, umbringt, wird der Muslim höchstens zur einer Gefängnisstrafe von 10 Jahren verurteilt. Wenn aber ein Nicht-Muslim einen Muslim tötet, wird er zum Tod verurteilt, falls die Verwandten des Ermordeten ihm nicht verzeihen.

### **2006 veröffentlichte eine staatliche Zeitung Karikaturen, in denen die Aseri mit Kakerlaken verglichen wurden, was zu heftigen Protesten der aserischen Bevölkerung führte. Ist Rassismus weit verbreitet?**

Es gibt einen persischen Rassismus. Turk-stämmige Minderheiten werden oft als Esel bezeichnet. Juden gelten als geizig. Araber sollen angeblich Krokodile essen. Es gibt auch Rassismus gegenüber Afghanen, Arabern oder Belutschen. Die persische Herrschaft über die anderen Ethnien ist aber ein Mythos.

### **Wie beurteilen Sie den Gaslieferungsvertrag, den die Schweizer Firma EGL mit der nationalen iranischen Gasexportgesellschaft Nigec 2008 abgeschlossen hat im Kontext der prekären Menschenrechtslage in Iran?**

Es ist ein Beispiel dafür, wie die kapitalistischen Unternehmer in Europa einzig ihren Profit, in diesem Fall ihre Energieinte-



Foto: Nicolas Holzheu

Iranische Kurden

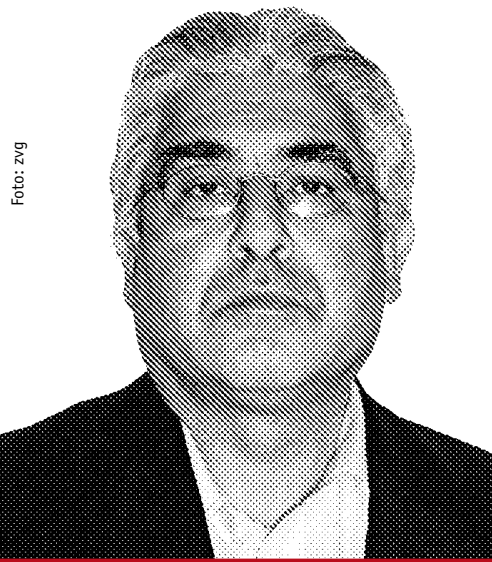
ressen, im Auge haben und mit ihren Wirtschaftsbeziehungen die Diktatur in Iran stabilisieren.

### **Die Revolutionsgarden (Pasdaran) haben einen grossen Einfluss in Iran. Wie sollen sie als wirtschaftliche Akteure bewertet werden?**

Die Revolutionsgarden haben schon seit der Präsidentschaft Khatamis (seit 1997 Anm. d. Red.) angefangen, sich wirtschaftlich zu betätigen, so beispielsweise in der Landwirtschaft und im Infrastrukturbau. Zudem ist das ganze Atomprogramm unter ihrer Kontrolle. Die Revolutionsgarden haben gelernt, sich auch unternehmerisch zu betätigen, um mehr Macht zu erlangen. Der Markt bleibt dadurch unter Kontrolle treuer Staatsdiener.

### **Wie werden die Revolutionsgarden von den Minderheiten wahrgenommen?**

Es gibt nicht DIE Minderheiten. Es gibt unabhängige Minderheitenangehörige und demokratische Bewegungen. Es gibt aber sicher auch arabische, kurdische oder belutschische Iraner, die regimetreu sind und dadurch eine Basis der Diktatur darstellen.



Dr. Wahied Wahdat-Hagh, wissenschaftlicher Mitarbeiter der European Foundation For Democracy in Brüssel, engagiert sich für die Menschenrechte in Iran.

### Werden die Revolutionsgarden ihre Macht und ihren Einfluss in Zukunft noch ausbauen können? Welche Tendenzen sehen Sie für die Situation der Minderheiten?

Die Revolutionsgarden werden sicher weiterhin ihre Macht ausbauen, denn sie sind der militärische Arm des Regimes. Die Polarisierung der Gesellschaft wird sich sicher auch unter den Minderheiten fortsetzen.

### Seit 2003 führt die Schweiz als einziges Land Europas einen Menschenrechtsdialog mit Iran. Wie schätzen Sie diesen ein?

Ein Dialog wäre selbstverständlich gut, wenn er denn kritisch wäre. Der Dialog mit Diktaturen dient in der Regel der Legitimierung der Wirtschaftsbeziehungen. Der Dialog stabilisiert so die Diktatur.

Fortsetzung Seite 10

## Die Schweiz und die Menschenrechte in Iran

### Interview mit Simon Ammann

Stv. Chef Sektion Menschenrechtspolitik, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)  
Ausführliche Version des Interviews unter: [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)

#### Herr Ammann, wie schätzen Sie die Menschenrechtssituation der Minderheiten in Iran ein?

Vom Staat anerkannte religiöse Minderheiten wie Christen, Juden oder Zarathustrier können in Iran relativ problemlos leben. Dagegen werden die Baha'i – eine nicht anerkannte Religionsgemeinschaft – regelmässig schikaniert. Ebenfalls unter starkem Druck sind gewisse ethnische Minderheiten wie etwa die Kurden. Vor allem jene Leute, die sich politisch engagieren und das islamische System kritisieren. Dies gilt allerdings nicht nur für Vertreter von Minderheiten sondern für die gesamte Bevölkerung.

#### Seit 2003 führt die Schweiz einen Menschenrechtsdialog mit Iran. Was für Kontakte haben bisher stattgefunden?

Bisher gab es vier offizielle Dialogrunden. Zudem fand 2004 eine Gefängnismission statt, bei welcher ein Schweizer Gefängnisexperte und ich zahlreiche Haftanstalten in Iran besuchen konnten.

#### Welche Erfolge hat der Dialog seit 2003 erzielt?

In der Menschenrechtspolitik ist es immer schwierig, Erfolge zu messen. Es ist sicher als kleiner Erfolg zu werten, dass das EDA mit den iranischen Behörden regelmässig über Menschenrechtsverletzungen diskutieren und sie auch verurteilen kann.

#### Wie sieht der gegenwärtige Stand dieses Dialoges aus?

Die beiden Länder sind daran, ein Seminar über Jugendge-

richtbarkeit sowie eine mögliche nächste Dialogrunde vorzubereiten, welche im Herbst in Teheran geplant ist.

#### Wie glauben Sie, wird der Menschenrechtsdialog in Iran wahrgenommen?

Die Mehrheit der Bevölkerung weiss wohl nicht, dass es einen solchen Dialog gibt. Bei der interessierten Zivilbevölkerung gibt es grob zwei Richtungen: Die einen finden, dass mit der gegenwärtigen Regierung gar kein Dialog geführt werden sollte. Die anderen sind überzeugt, dass sich die Lage in Iran nur mit Hilfe von aussen verbessern kann.

#### Wie schätzen Sie allgemein die Beziehungen der Schweiz zu Iran ein?

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Iran basieren auf dem Prinzip des Dialoges. Das erlaubt es uns, auch kontroverse Themen einschliesslich Menschenrechtsprobleme mit den Iranern zu diskutieren.

#### Kann die Schweiz sicherstellen, dass sie durch diesen Dialog das undemokratische Regime in Iran nicht unterstützt und stabilisiert?

Jeder Menschenrechtsdialog – in Iran wie in anderen Ländern – hat stets eine sehr spezifische Ausrichtung und damit keinen Einfluss auf machtpolitische Prozesse.

#### Hat das EDA auch Kriterien definiert, unter denen der Menschenrechtsdialog abgebrochen würde?

Grundsätzlich hält das EDA Dialog immer für die bessere Option als Gesprächsabbruch. Abgebrochen würde ein Dialog nur dann, wenn bei der anderen Seite gar keine Dialogbereitschaft mehr vorhanden ist.



Iranische Bachtiani: Sie leben teilweise noch als Nomaden.

Fortsetzung von Seite 9

### Wie sollte sich Ihrer Meinung nach die Schweiz gegenüber der iranischen Regierung verhalten, um die Menschenrechte und menschenrechtliche Akteure in Iran zu stärken?

Die Schweiz sollte den Interessen der iranischen demokratischen Bewegung dienen. Sie sollte den iranischen Machthabern deutlich machen, dass sie im 21. Jahrhundert aufhören müssen, ihr eigenes Volk in extremster Form auszubeuten und zu entrechten und dass sie aufhören müssen, ihre Nachbarn zu bedrohen.

### Auf welche Art sollte die Schweiz dies deutlich machen?

Die Schweiz vermittelt zwischen den USA und Iran. Da könnte die Schweiz doch sehr wohl der iranischen Regierung vor Augen führen, dass menschenrechtsorientierte Werte, die auch in der iranischen Zivilgesellschaft verfochten werden, im Widerspruch zur Diktatur stehen. Die Schweiz könnte in Iran entschlossen demokratische Werte vertreten und nicht umgekehrt ständig dem diktatorischen Regime hofieren. Auf jeden Fall ist die Apeasement-Politik der Schweiz gegenüber Iran gescheitert und hat den demokratischen Regierungen Europas mitnichten geholfen auch nur einen Schritt in Richtung der Demokratisierung Irans zu unternehmen.

Interview: Claudia Kaufmann und Franziska Stocker, GfbV Schweiz

## ➤ Minderheiten und



### Kurzinfos

#### Iran: Bloggerin gewinnt «Reporter ohne Grenzen Award»

Zhila Bani Jaghob arbeitete lange Zeit vorwiegend für reformorientierte Zeitungen. Die meisten von ihnen sind mittlerweile geschlossen worden. Sie veröffentlichte rund 4000 Reportagen. Mittlerweile ist das Internet für Bani Jaghob die wichtigste Plattform, um die iranische und internationale Öffentlichkeit über die Geschehnisse in ihrem Land zu informieren. Mitte April erhielt ihr Blog «Wir sind Journalisten» nun den «Reporter ohne Grenzen Award». Mit dem Preis zeichnen die Deutsche Welle und Reporter ohne Grenzen Blogs aus, die in besonderer Weise die Meinungsfreiheit fördern. Zhila Bani Jaghob gehört zu den ersten unabhängigen Reporterinnen in Iran. Sie begann ihre journalistische Karriere Anfang der 1990er-Jahre. Sie griff immer wieder umstrittene Themen auf, so berichtete sie über Morde an iranischen Intellektuellen, verübt durch «Sicherheitskräfte». Sie thematisierte die Verbreitung von AIDS. Immer wieder behandelte sie in ihren Texten frauenspezifische Fragen und Probleme wie die Schulbildung von Mädchen, frauendiskriminierende Gesetze und die Prostitution.

Quelle: [www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de),  
[www.zhila.org](http://www.zhila.org)

#### Botswana: Bushmen in Kalahari – Acht Jahre ohne Wasser

Seit mehr als acht Jahren leben die Gana- und Gwi-Bushmen im Zentralen Kalahari-Reservat ohne Zugang zu Was-

## indigene Völker in aller Welt



1. Otavalos/Quechua, Ecuador (Foto: Steve Minor)
2. Tibeter, Tibet (Foto: Jan Reurink)
3. Nuba, Sudan (Foto: Rita Willaert)
4. Karo, Indonesien (Foto: Carsten ten Brink)

ser. 2002 hatte die botswanische Regierung ihren Brunnen zerstört, um sie aus dem Reservat zu vertreiben. 2006 bestätigte das Höchste Gericht Botswanas das verfassungsmässige Recht der Bushmen,

mat zurückgekehrt. Aufgrund des Wassermangels ist bislang mindestens eine Frau gestorben. Viele andere Bushmen vegetieren in erbärmlichen Umsiedlungscamps dahin, weil sie ohne Wasserversorgung zögern, ins Reservat zurückzukehren.

Quelle: [www.survivalinternational.org](http://www.survivalinternational.org)



Foto: Survival

### Sibirien: Ewenken bekämpfen Staudamm-Projekt

Die ersten Projektideen stammen noch aus der Sowjetzeit, nun aber will der staatliche Stromkonzern das Staudammprojekt am unteren Tunguskafloss in der sibirischen Region Evenkien zielstrebig umsetzen. Ein Strategiepapier von Putins Partei «Einiges Russland» erachtet den Staudamm bereits als gegebene Tatsache. Die Auswirkungen sind gewaltig. Je nach Höhe der Staumauer würden fast alle Dörfer am Fluss untergehen, ebenso die Hauptstadt Tura. Entstehen soll eines der grössten Wasserkraftwerke der Welt. Auf dem Gebiet leben aber 17'300 Menschen. Davon gehören 21 Prozent zum indigenen Volk der Ewenken. Einige ihrer Sprecher haben sich entschieden gegen das Projekt geäussert und werden in ihrem Protest von russischen und internationalen Umweltorganisationen unterstützt. Der Bau des Wasserkraftwerks bedeutet für die Ewenken die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und ihrer Kultur. Bedarf für den Strom ist in der Region nicht vorhanden. Er soll über 3'000 Kilometer weit in die russischen Zentren geführt werden.

Quelle: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de), NZZ

### Tschetschenien: Mordvorwürfe gegen Kadyrow

Mordvorwürfe gegen den tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow sind nicht neu, erstmals werden sie nun aber von offiziellen VertreterInnen eines anderen Staates erhoben. Ende April bestätigte das Wiener Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) den Inhalt eines Untersuchungsberichts, worin Kadyrow vorgeworfen wird, dass er den Auftrag für die Entführung des tschetschenischen Flüchtlings Umar Israilow erteilt habe. Israilow, der vergeblich von den österreichischen Behörden Personenschutz verlangt hatte, war am 13. Januar 2009 in Wien von zwei Männern auf offener Strasse erschossen worden. Das Wiener Landesamt sieht auch einen Verdacht bestätigt, den Menschenrechtsorganisationen wiederholt geäussert haben: Die tschetschenische Regierung unterhält Geheimdienstkommandos in jenen Ländern, in denen viele tschetschenische Flüchtlinge leben. Das «Kommando Österreich», so der Untersuchungsbericht, habe zum Ziel gehabt, «Informationen über in Österreich ansässige Asylbewerber zu erlangen», um diese notfalls zu «liquidieren» oder nach Tschetschenien zurückzuführen.

Seit Beginn seiner Herrschaft wird Kadyrow vom jetzigen russischen Premier Wladimir Putin gestützt. Sollte die Wiener Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Kadyrow aufnehmen, könnten diese in einen internationalen Haftbefehl münden und Putin müsste Farbe bekennen.

Quelle: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de), österreichische Presse

im Reservat zu leben. Trotz dieses Richterspruchs weigert sich die Regierung immer noch, den Zugang zum Brunnen zu ermöglichen, selbst wenn die Bushmen die Kosten übernehmen. Während die Bushmen 480 km hin- und zurückreisen müssen, um sich mit Wasser zu versorgen, hat die Regierung der Eröffnung einer Safari-Lodge mit einem Swimming-Pool zugestimmt sowie Wasserstellen für Wildtiere bewilligt. Nach dem Gerichtsurteil waren viele Bushmen in ihre Hei-



Foto: Kris Krug

**Bolivien:** Die Kopenhagener Klimakonferenz Ende 2009 war aus Sicht vieler IndigenenvertreterInnen ein Misserfolg, die Regierungschefs konnten sich nur auf ein Minimalziel einigen. An der «Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde» in Cochabamba, zu der der bolivianische Präsident Evo Morales im April eingeladen hatte, diskutierten über 30 000 Angehörige indigener Gemeinschaften und weitere AkteurInnen der Zivilgesellschaft über alternative Möglichkeiten des Klimaschutzes. Die GfbV organisierte vor Ort gemeinsam mit Indigenen-Organisationen Workshops und Filmvorführungen, um auf die gravierenden Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen.



Foto: Arthur Manuel

**Brasilien:** Nachdem die brasilianische Regierung im Frühjahr den Bau und Betrieb des Megastaudamms Belo Monte bewilligt hat, drohen 500 km<sup>2</sup> Regenwald, landwirtschaftliche Anbauflächen und damit die Lebensgrundlagen vieler indigener Gemeinschaften zerstört zu werden. Rund 20 000 Menschen müssten ihre Heimat verlassen, darunter tausende Kayapó-, Assurini- und Juruna-Indianer, die am Amazonasfluss Rio Xingu leben. Die GfbV hat gemeinsam mit Indigenen- und Umweltorganisationen gegen diesen Eingriff in das sensible Ökosystem des Amazonas protestiert, so beispielsweise in New York (Bild). Auch Avatar-Regisseur James Cameron und Schauspielerin Sigourney Weaver beteiligten sich an den Protesten gegen den Staudamm.



Foto: Franziska Stocker



Foto: Dzafer Buzoli

**Kosovo:** Endlich besteht Aussicht auf die Schliessung der bleiverseuchten Roma-Flüchtlingslager in Mitrovica. Seit über zehn Jahren leben dort auf dem Gelände einer ehemaligen Bleimine über 200 Roma-Familien. Die Schwermetallbelastung schädigt besonders die Gesundheit der Kinder massiv. Die GfbV setzt sich seit langem dafür ein, dass die Lager geschlossen, die Roma an einen sicheren Ort gebracht und medizinisch versorgt werden. Endlich ist nun geklärt, wohin die Roma umgesiedelt werden können. Im April wurde mit dem Bau der Häuser begonnen. Die GfbV unterstützt die Roma-Familien weiterhin aktiv bei den Gesprächen mit den involvierten Organisationen und Behörden.



Foto: © flickr.com/vdbdc

**Kongobecken:** Wie kann im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Grossprojekten eine echte Mitbestimmung der indigenen und lokalen Waldbevölkerung des Kongobeckens gewährleistet werden? Zu diesem Thema hat die GfbV kürzlich eine handliche Broschüre veröffentlicht, die von den lokalen GfbV-Partnern bereits rege benutzt und verbreitet wird. Auch das grösste lokale NGO-Netzwerk in der Demokratischen Republik Kongo stützt sich auf die Broschüre, wenn es sich bei Gesetzes-Vernehmlassungen für ein echtes Mitbestimmungsrecht der Lokalbevölkerung einsetzt, so beispielsweise bei der industriellen Holznutzung, der Einrichtung von Naturschutzparks sowie der Raumplanung. Die Broschüre kann in französischer Sprache bei der GfbV bestellt werden.



**China:** Im März sind die beiden von der Schweiz aufgenommenen uigurischen Guantánamo-Häftlinge in ihrer neuen Heimat, dem Kanton Jura angekommen. Die GfbV begrüsst es, dass die beiden Brüder, welche fast acht Jahre lang unschuldig im US-Gefangenlager Guantánamo festgehalten worden sind, nun endlich wieder in Freiheit leben können. Die GfbV hatte sich seit längerer Zeit für eine humanitäre Aufnahme von uigurischen Guantánamo-Häftlingen in der Schweiz eingesetzt. Nach China konnten sie nicht zurückkehren, weil ihnen dort Folter oder gar die Todesstrafe drohte.

## ➤ Srebrenica: Eine Anzeige und die Reaktionen

**Am 19. April erstatteten die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und TRIAL – Schweizerische Gesellschaft für Völkerstrafrecht – Strafanzeige gegen zwei Autoren der Zeitschrift «La Nation» wegen Leugnung eines Völkermordes und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen im Bosnienkrieg. Die Anzeige erhält weite Beachtung.**

Ein «Pseudomassaker» sei die Ermordung von über 8'000 Männern und Knaben in Srebrenica, behaupten die beiden Verfasser in ihrem im April 2008 erschienenen Artikel. Sie bestreiten Gräueltaten in Konzentrationslagern, Massenvergewaltigungen durch bosnische Serben und die serbischen Granatenangriffe auf den Marktplatz von Sarajewo. Die Serben seien, so die beiden Autoren im Organ der Rechtsausser-Verenigung Ligue vaudoise, Opfer einer «medialen Lynchjustiz».

In der Strafanzeige sieht GfbV-Präsidentin Ruth-Gaby Vermot «ein Zeichen gegen die Straflosigkeit von Tätern, Gehilfen oder Anstiftern von Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter und das Verschwindenlassen von Personen.»

### Schweizer Premiere

Bis anhin musste sich die Schweizer Justiz mit der Leugnung des Völkermordes an den europäischen Juden und an den Armeniern befassen. Die Strafanzeige löst lebhaft Diskussionen aus, besonders in der Westschweiz. Noch am Tag der Strafanzeige publiziert Jean-Blaise Rochat, Chefredaktor von «La Nation» eine Pressemitteilung. Er räumt ein, dass der Ausdruck «Pseudomassaker» unangemessen sei, und es tatsächlich ein «Massaker» gegeben habe. Den Begriff «Völkermord» vermeidet er, hingegen schreibt er von einer «offiziellen Version» der Geschichtsschreibung. Er lässt damit – wie es auch Leugner anderer Völkermorde zu tun pflegen – anklingen, dass es nur um unterschiedliche Interpretationen geschichtlicher Ereignisse ginge.

Aufschlussreich ist die Auseinandersetzung im Blog von David Laufer, Redaktor von «24heures» und selbst gele-



Foto: GfbV Bosnien

Srebrenica, Sommer 2006: Beisetzung von identifizierten Opfern des Völkermordes.

gentlicher «La Nation»-Mitarbeiter. Laufer erwähnt zuerst, dass er sich im Frühling 2008 wegen des Artikels heftig mit der Redaktion gestritten habe, seine Replik jedoch nicht publiziert worden sei. Auch unterbreitet er Anfang April 2010 der Redaktion und den beiden Autoren die Erklärung des serbischen Parlamentes, wonach es die Ermordung der Männer und Knaben verurteile. Er erhält zur Antwort, dass diese Erklärung «wertlos» sei, da sie ja nur unter Druck erfolgt sei. Die «Nation»-Redaktion stützt damit weiterhin die unversöhnlichen serbischen Nationalisten. Laufer lehnt zwar die Anzeige ab, ebenso die Strafnorm, die eine solche Anzeige ermöglicht. Doch in der Sache ist seine Einschätzung klar: Den Völkermord in Srebrenica in Zweifel zu ziehen, bedeutet «sich an einer Lüge zu beteiligen».

Die Strafanzeige bringt auch einen Einblick in Waadtländer Abhängigkeiten und Rücksichtnahmen. Bei der Veröffentlichung war der eingeklagte Text auch

der Ligue internationale contre le racisme et l'antisémitisme LICRA-Vaud aufgefallen. Doch die Antirassismusorganisation verzichtete damals auf eine Intervention, auch aus Rücksicht auf Ligue-Mitglieder, mit denen man bekannt ist. Dies berichtet Jean Martin, Präsident der LICRA-Vaud, in einem Leserbrief. Nun aber ist er froh, dass zwei Organisationen von ausserhalb des Kantons aktiv wurden.


### Beachtung in Bosnien

Auch in Bosnien-Herzegowina erreicht die Strafanzeige grosse Medien-Beachtung, dies in einem Moment, wo es – wie Fadila Memisevic, Leiterin GfbV, Sektion Bosnien-Herzegowina berichtet – in «Bosnien-Herzegowina, konkret in der Teilrepublik Srpska, offene Versuche der Leugnung und Minimierung des Genozids in Srebrenica» gebe. Die Leugnung der Verbrechen zerstört aber die Hoffnung auf eine Versöhnung.

Hans Stutz, GfbV Schweiz

## ➤ Service

### «Eine iranische Liebesgeschichte zensieren»

 Shahriar Mandanipur (\*1957) gehört zu den bekanntesten iranischen Autoren. Zehn Jahre lang war er Chefredaktor einer Literaturzeitschrift, 2009 wurde sie aus politischen Gründen eingestellt. Sein neues Werk «Eine iranische Liebesgeschichte zensieren» beruht auf einem charmanten Einfall: Ein iranischer Schriftsteller hat es satt, düstere Romane mit tragischem Ausgang zu schreiben, also klemmt er sich hinter eine Liebesgeschichte. Nur: Wie erzählen, wenn es den Liebenden in Iran verboten ist, sich allein zu begegnen? Wie ein mächtiger Schatten wacht der Zensor über jedes Wort und liest sogar die Gedanken des Schriftstellers zwischen den Zeilen. Also müssen Sara und Dara, das junge Paar aus Teheran, tausend Listen und Tricks ersinnen, um sich zu finden.



*Shahriar Mandanipur: Eine iranische Liebesgeschichte zensieren. Unionsverlag, 2010.*

### Iran: «Frontier Blues»


 Die Steppe ist karg im iranisch-turkmenischen Grenzgebiet, aber die Träume sind farbig und ohne Grenzen. Alam ist ein 28-jähriger Turkmene, lebt bei seinem Vater auf einer Hühnerfarm. Er lernt Englisch im Selbststudium, denn er will Ana heiraten und mit ihr in die Stadt ziehen. Der 28-jährige Iraner Hassan lebt bei seinem Onkel. Seine einzigen Begleiter sind ein Esel und ein Kassettengerät. Hassans Onkel Kazem besitzt einen Kleiderladen, aber die Kleider, die er verkaufen will, scheinen nie jemandem zu passen. Aus diesen Geschichten macht der iranische Filmemacher Babak Jalali ein lakonisches Roadmovie.




Foto: Trigon

*Frontier Blues, von Babak Jalali, Iran 2009. Ab 21. Mai 2010 in verschiedenen Kinos in Baden, Basel, Bern und Zürich. Genauere Angaben siehe Tagespresse.*

### «Bhutan – Heilige Kunst aus dem Himalaya»

 In dem kleinen Königreich Bhutan am Rande des Himalayas prägt der Buddhismus auch heute noch das kulturelle, politische und religiöse Leben. In den zahlreichen Tempeln und Klöstern Bhutans werden Figuren und Bilder als heilige Objekte verehrt. Nur bei bestimmten Ritualen werden sie hervorgeholt. Über 100 dieser eindrucksvollen buddhistischen Kunstwerke werden in einer Ausstellung im Museum Rietberg nun einem grösseren Publikum präsentiert. *Bhutan – Heilige Kunst aus dem Himalaya. Museum Rietberg, Werner Abegg-Saal. Vom 4. Juli bis 17. Oktober 2010.*

### Brasilien: «Das glücklichste Volk»

 Daniel Everett zieht 1977 als Missionar mit seiner Familie in den brasilianischen Dschungel, zum indigenen Volk der Pirahã, das an einem Nebenfluss des Amazonas lebt. Er lernt ihre Sprache und stellt überrascht fest, dass die Pirahã keine Zahlen kennen und nicht über Dinge sprechen, die sie nicht selbst erlebt haben – die Zukunft oder die ferne Vergangenheit. Everett, der insgesamt sieben Jahre bei den Pirahã verbringt, ist fasziniert von ihrer Sprache, ihrer Sicht auf die Welt und ihrer Lebensweise. In


seinem Erfahrungsbericht «Das glücklichste Volk» beschreibt Everett, wie das Leben der Pirahã im Hier und Jetzt ihn prägt und schliesslich auch zur Abkehr



von seiner missionarischen Tätigkeit und zum Zerschlagen seiner Ehe führt.

*Daniel Everett: Das glücklichste Volk. Sieben Jahre bei den Pirahã-Indianern am Amazonas. DVA Sachbuch, 2010.*

### «Iran ist anders»

 Iran steht seit Jahren im Blickpunkt der Weltpolitik, und im vergangenen Jahr – im dreissigsten Jahr des Bestehens eines theokratischen Regimes – gingen Hunderttausende von Menschen auf die Strasse, um gegen den Betrug bei den Präsidentschaftswahlen zu protestieren. Das neue Buch von Werner van Gent und Antonia Bertschinger berichtet über das vielgestaltige Land und seine Bewohner. Die AutorInnen beschreiben den historischen Hintergrund, das Verhältnis des Privaten zum Öffentlichen und das Fehlen einer medialen Öffentlichkeit. Van Gent ist bekannt als Journalist, der seit vielen Jahren auch über Iran berichtet, Bertschinger arbeitete von 2005 bis 2007 als Beraterin für Menschenrechtsfragen in der Schweizer Botschaft in Teheran. *Werner van Gent, Antonia Bertschinger: Iran ist anders. Hinter den Kulissen des Gottesstaates. Rotpunkt-Verlag, 2010.*

### Grossdemo gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Freiheit, Gleichheit. Würde. Für mich und dich!

*Samstag, 26.6.2010, 14.30h Waisenhausplatz Bern, mehr Infos: [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch)*

Eine Stimme für Verfolgte.  
[www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)

